

# **Zentrale Aussagen zur Jugendarbeit/Jugendpolitik**

und zu angrenzenden Themenfeldern  
in den Wahlprogrammen der Parteien

# CDU

## **Bildung**

Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes. Bildung sichert Chancen für alle. Ein chancengerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem ist die Grundlage, um Wohlstand zu sichern. Die soziale Herkunft junger Menschen darf nicht über ihre Zukunft entscheiden. Bildung muss Aufstieg und Zukunftsperspektiven ermöglichen. Unabhängig von der Begabung wollen wir jedem Kind und jedem Jugendlichen beste Bildungschancen sichern und diese weiter ausbauen. ...

Lern- und Weiterbildungsmöglichkeiten werden auch außerhalb von Schule bzw. Kindertagesstätten angeboten. Wir stehen daher für die Stärkung der informellen Bildung. Hierbei kommt der Jugendverbandsarbeit und den Einrichtungen der Erwachsenenbildung eine besondere Bedeutung zu. ...

### **Wir bauen die Ganztagschule aus.**

Bis 2020 wollen wir möglichst alle weiteren Schulformen in Niedersachsen zu teilgebundenen Ganztagschulen als wertvollen Lern- und Lebensraum freiwillig ausbauen. Die niedersächsischen Schulen kooperieren im Rahmen der Ganztagsangebote bereits heute mit vielen außerschulischen Institutionen. Wir wollen diese Kooperationen auch zukünftig unterstützen. Wir werben für die Zusammenarbeit von Schulen mit den Trägern der Jugendarbeit, den Sportvereinen und weiteren Vereinen und Verbänden, mit deren gesellschaftlichem Engagement der Lernort Schule gewinnt. Diese wollen wir besonders unterstützen, um Maßnahmen der Jugendarbeit in Kooperation mit den Schulen zu erleichtern und zu fördern.

### **Wir entfrachten den Unterrichtsstoff.**

... Da es zur Verdichtung von Unterrichtsinhalten gekommen ist, wollen wir den Unterrichtsstoff aber weiter entfrachten. Die entsprechenden Beschlüsse der Kultusministerkonferenz gilt es dabei zu beachten. Niedersachsen plant mit fünf weiteren Bundesländern zudem ab 2014 ein ländergemeinsames Abitur auf Basis gemeinsamer Bildungsstandards, erarbeitet vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB). Damit werden wir zu einer länderübergreifenden Anpassung der Bildungsinhalte an den Gymnasien kommen und eine erhöhte Mobilität sowie verbesserte Vergleichbarkeit des Abiturs erreichen.

### **Wir stärken die außerschulische Bildung.**

Während in anderen Bundesländern massive Kürzungen in der Jugendverbandsarbeit stattgefunden haben, stehen wir in Niedersachsen für eine verlässliche und kontinuierliche strukturelle Förderung.

### **Wir vernetzen unsere Bildungsregionen.**

In einer zunehmend größer werdenden Zahl von Landkreisen hat sich das Modell der Bildungsregion bewährt. Dort arbeiten alle an Bildung Beteiligten einer Region in Netzwerken zusammen. Wir werden in allen Landkreisen und kreisfreien Städten das freiwillige Angebot einer Bildungsregion stärken und stufenweise ausbauen. Dabei werden wir darauf achten, dass alle Bildungsträger (z.B. Kindergärten, Schulen, Träger der Erwachsenenbildung, Musikschulen, Träger der Jugendarbeit) in die Lage versetzt werden, gleichberechtigt in den Bildungsregionen mitzuarbeiten.

### **Soziales, Frauen, Familie, Senioren, Gesundheit und Pflege**

...Das von uns eingeführte Förderprogramm „Generation 2.0 - Engagement in der Jugendarbeit“ unterstützt Jugendgruppen und -verbände bei der Erprobung innovativer Ansätze in der Jugendarbeit mit unbürokratischer Förderung. ...

### **Wir fördern Jugendarbeit.**

Jugendarbeit ist ein wesentliches Lernfeld für junge Menschen. Hier lernen sie soziale Kompetenzen, die Übernahme von Verantwortung für sich und andere und gewinnen Interesse an gesellschaftlichem Engagement. Die CDU in Niedersachsen bekennt sich

daher zur Gesamtverantwortung des Landes für die Jugendarbeit und wird die fachliche, zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Jugendarbeit unterstützen und die Rolle der freien Träger der Jugendarbeit stärken. Wir haben uns daher im Bund erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Ausstellung von Führungszeugnissen für ehrenamtliche Zwecke vollständig gebührenfrei ist. Wir wollen die Förderung der Jugendverbandsarbeit auf dem bewährten Niveau sicherstellen. Die Fördersätze überprüfen wir regelmäßig. Innovative Ansätze der Jugendarbeit werden wir auch über das Ende der Laufzeit des modellhaften Förderprogramms „Generation 2.0“ im Jahr 2014 hinaus unterstützen. ...

Insbesondere für die Berufsorientierung bzw. -einmündung junger Menschen werden die Möglichkeiten von Ehrenamt und Freiwilligendiensten oft unterschätzt.

Die Vernetzung mit bestehenden Strukturen, Trägern und Modellprojekten mit Schwerpunkt Freiwilligenarbeit, Integration und Arbeitsmarkt ist eines unserer zentralen Anliegen. Ob im Integrationsbeirat, in der Freiwilligenagentur Niedersachsen, in der geplanten engen Zusammenarbeit mit Einrichtungen des Landes, (Jugend-)Beratungseinrichtungen sowie den Lotsenprojekten in Niedersachsen werden wir Maßnahmen entwickeln, damit sich noch mehr Migranten angesprochen fühlen, sich ehrenamtlich zu engagieren. ...

### **Ehrenamt**

Der Förderung des ehrenamtlichen Engagements junger Menschen kommt eine besondere Bedeutung zu. Im Jugendalter werden die Weichen gestellt, ob Menschen auch im Erwachsenenalter ehrenamtlich aktiv sind. Wir wollen daher das ehrenamtliche Engagement in der Jugendarbeit besonders fördern und es mit Hilfe der regionalen Unterstützungsstellen vernetzen qualifizieren und unterstützen.

Ehrenamt braucht Würdigung. Deshalb sollte noch stärker eine Kultur des Respekts in Gesellschaft und Politik verankert werden. ...

Die vom Land eingeführte Ehrenamtskarte ermöglicht die unbürokratische und direkte Anerkennung des freiwilligen Engagements von Menschen. Wir setzen uns für eine flächendeckende Teilnahme aller Kommunen an diesem System der Anerkennung ein. Wir wollen, dass die Vergünstigungen der Ehrenamtskarte auch von den Inhabern der „Jugendleiter-Card“ (Juleica) genutzt werden können.

Für Schüler und Studenten wollen wir auch die Möglichkeit schaffen, dass auf einem Beiblatt zum Zeugnis vermerkt werden kann, wenn ein ehrenamtliches Engagement vorgelegen hat. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ableistung eines Freiwilligendienstes und längerfristiges ehrenamtliches Engagement bei der Vergabe von Studienplätzen positiv berücksichtigt wird.

Um dem häufigeren Wohnortwechsel der Menschen Rechnung zu tragen, wollen wir auch, dass das System der Freiwilligenagenturen, örtlicher Servicebüros und „Engagementlotsen für Ehrenamtliche“ ausgebaut wird, um den Einstieg in neue Tätigkeiten zu erleichtern.

Die Arbeitgeber in Niedersachsen fordern wir auf, ihren Mitarbeitern Freiräume für ihr gesellschaftliches Engagement zu gewähren. Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung, Freistellungsmöglichkeiten oder gar die Erlaubnis zur abgestimmten Nutzung der betrieblichen Infrastruktur zeigen die Wertschätzung des Einsatzes der Mitarbeiter für das Gemeinwohl. Wer bei gleicher fachlicher Qualifikation einen ehrenamtlich engagierten Bewerber oder einen Absolventen eines Freiwilligen Dienstes bei Einstellungsverfahren und Beförderungen vorzieht, setzt ein Zeichen für das Ehrenamt und fördert die Verantwortungskultur im Unternehmen.

### **Integration/Inklusion**

#### **Wir verwirklichen die Inklusion.**

Die gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung ist ein elementarer Beitrag für ein integratives Zusammenleben. Dabei hat das Kindeswohl oberste Priorität. Wir dürfen niemanden überfordern: nicht die Kinder, nicht die Lehrkräfte, nicht die Eltern. ... Zukünftig wollen wir für die bessere Integration von muslimischen Schülern auch islami-

schen Religionsunterricht in deutscher Sprache, unter staatlicher Aufsicht und auf Basis unseres deutschen Grundgesetzes anbieten.

### **Integration**

Wir wollen, dass Menschen mit Migrationshintergrund hier in Niedersachsen an allen gesellschaftlichen Bereichen teilhaben - in unseren Vereinen und Verbänden genauso wie in Unternehmen, Verwaltung und in der Politik. ...Wesentliche Eckpfeiler unseres integrationspolitischen Gesamtkonzeptes sind Spracherwerb und Bildung, Maßnahmen beim Übergang Schule/Beruf, Integration in das Erwerbsleben, interkulturelle Öffnung und interkulturelle Kompetenz, Dialog mit den verschiedenen Religionsgemeinschaften, bürgerschaftliches Engagement von Zugewanderten, Lebensbedingungen von Frauen, Gesundheit und Migration sowie Integration vor Ort und im Sport. ...

Migrantenorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten (wie Freiwilliges Soziales Jahr und Bundesfreiwilligendienst) sind für Freiwillige mit Migrationshintergrund unterschiedlichen Alters eine attraktive Heranführung an das gesellschaftliche Engagement, da das Gefühl, sich gemeinsam als Migranten zu engagieren, ein starkes Wir-Gefühl und damit einen besonderen persönlichen Mehrwert schafft.

***Quelle: Vorabfassung des vom Landesparteitag beschlossenen Regierungsprogramms***

# SPD

## NEUE GESELLSCHAFTSPOLITIK BRAUCHT AUFBRUCH

### Jugend - Politik mit der Jugend

Jugendarbeit und Jugendpolitik sind Daseinsfürsorge und Zukunftspolitik zugleich. In der Jugend wirken sich viele Probleme der Gesellschaft deutlicher aus als in anderen Lebensabschnitten. Gerade deshalb muss Politik für die Jugend verlässliche Zukunftsperspektiven vermitteln.

Seriöse Jugendpolitik muss die jungen Menschen von vorn herein einschließen, sie ernst nehmen und sie beteiligen. Das erfordert altersgerechte Instrumente für Selbstverwaltung und Mitbestimmung. Beteiligungsmodelle wie Jugendbeiräte oder Jugendparlamente helfen jungen Menschen, sich mit kommunaler Demokratie auseinanderzusetzen. Nach Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung müssen allerdings gesellschaftliche Aufklärungsarbeit und politische Bildung neu organisiert werden. Politische Bildung darf nicht wirtschaftlichen Gesichtspunkten untergeordnet werden. Dabei sind alternative Lebensentwürfe und alternative Gesellschaftsbilder zu berücksichtigen.

Jugend ist der Lebensabschnitt für Selbsterfahrung und erste Selbstbestimmung, für Freizeit, persönliche Entwicklung und gesellschaftliches Engagement. Der mit der Einschulung zunehmende Leistungsdruck von jungen Menschen muss entzerrt werden. Kinder und Jugendliche brauchen mehr Freiräume zur selbstständigen Gestaltung. Jugendliche und junge Erwachsene nutzen die freiwilligen Dienste an der Allgemeinheit und die freiwilligen Jahre (FSJ, FÖJ, FPJ). Sie leisten dadurch wichtige gesellschaftliche Arbeit - und profitieren von diesen wichtigen Erfahrungen. Ein Gewinn für die jungen Menschen ist nicht zuletzt die Arbeit der Jugendverbände.

Eine SPD-Landesregierung wird

- das aktive Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre senken.
- Mittel für verstärkte Jugendbeteiligung erhöhen und kommunale Internet-Beteiligungsmodelle (E-Jugendbeteiligung) unterstützen.
- die bestehenden Lehrpläne (Kerncurriculae) so überarbeiten, dass neue Freiräume entstehen. Aufgabenüberfrachtung sorgt für Nacharbeiten an Wochenenden und Nachmittagen - nicht aber für bessere Lerneffekte.
- gemeinsam mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden dafür sorgen, dass die Komplexität eines Ausbildungsberufes nicht auf Jugendliche abgewälzt wird, sondern dass während der Lehre alle erforderlichen Qualifikationen erworben werden können.
- freiwillige Jahre, Bundesfreiwilligendienst und Ehrenamt in einem Gesamtkonzept gemeinsam mit Stellenanbietern, Freiwilligenagenturen, Sport- und Kulturvereinen bzw. deren Dachverbänden bündeln; Transparenz und Rechtssicherheit für Jugendfreiwilligendienste soll ein Freiwilligendienststatusgesetz schaffen.
- mit dem Landesjugendring und den Trägern der offenen Jugendarbeit partnerschaftlich Fragen der Jugendpolitik und Jugendarbeit sowie die künftige Förderung von Jugendarbeit klären und die Beteiligung kommunaler Träger der Jugendarbeit bei kommunalen Bildungslandschaften absichern.

## NEUE SOZIALPOLITIK MACHT ERNST MIT SOLIDARITÄT

### Kindheit und Jugend - Rückhalt plus Prävention

... Eine SPD-Landesregierung wird

- mit einem Niedersächsischen Kinderschutz und -fördergesetz Unterstützung für Kinder neu ausrichten und mit den Kommunen auf ein stabiles Fundament stellen.
- flächendeckend lokale Netzwerke und Familienzentren unter Einbindung der Mehrgenerationenhäuser aufbauen, um lückenlos und möglichst niedrigschwellig Unterstützung anzubieten. Bereits bestehende Angebote der Frühförderung, Beratung und Betreuung

sollen darin eingebunden werden.

- in einem Landeskinderschutz- und -förderbericht die Situation von Kindern regelmäßig auswerten, um zielgenau Hilfe und Unterstützung anzusetzen.
- nach dem Vorbild des Deutschen Bundestages eine Kinderkommission einrichten, die sich um die Interessen der niedersächsischen Kinder kümmert.
- Das Niedersächsische Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (AG KJHG) wird novelliert. Damit kehren Fachlichkeit und Mitbestimmung der Betroffenen zurück in die Jugendpolitik des Landes. Der Landesjugendhilfeausschuss wird wieder eingeführt und die erneute Einrichtung des Landesjugendamts geprüft.
- Die Jugendpolitik ganzheitlich betrachten und gemeinsam mit allen Akteuren ein Landeskonzept zur Jugendarbeit einschließlich der Jugendkulturarbeit vorlegen.
- Kinder- und Jugendhilfe muss wieder ganzheitlich zwischen kommunaler und Landesebene gestaltet werden. Dort, wo die Kommunalisierung der Kinder- und Jugendhilfe notwendig ist, werden Kommunen partnerschaftlich so gestärkt, dass sie dieser Aufgabe nachgehen können.
- Die Vertrauensbasis des Landes gegenüber den Trägern der ehrenamtlichen Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit wird wiederhergestellt. Die Träger erhalten Planungssicherheit. Ihre Arbeit für die soziale Daseinsfürsorge ist unverzichtbar.
- Das Land wird wieder in der präventiven Jugend(sozial)arbeit aktiv. Es wird die Korrektur der SGB II-Instrumentenreform fordern, um u.a. die Arbeit der niedersächsischen Jugendwerkstätten dauerhaft zu sichern.
- Die Maßnahmen zur Gewaltprävention in Schulen sowie in der Kinder- und Jugendhilfe werden erweitert und verstärkt....

## **NEUE FINANZ-, INNEN- UND JUSTIZPOLITIK FÜR DAS LEBEN IN D. DEMOKRATIE**

### **Ehrenamt - Netzwerk der Lebenswelten**

... Der Anteil der älteren wächst in Folge des demografischen Wandels kontinuierlich - auch mit zunehmendem Anteil „junger Alter“. In den vergangenen Jahren ist dagegen der Anteil junger Menschen zurückgegangen. Ursachen sind hierfür vor allem im verkürzten Abitur und in den zeitintensiven Bachelorstudiengängen zu suchen. Jungen Leuten sollte es aber auch zukünftig möglich sein, sich sozial zu engagieren. Hierfür wird die SPD Modelle entwickeln. ...

### **MEDIENPOLITIK**

... Medien- und Informationskompetenz ist als Bildungs- und Kulturtechnik in Niedersachsen nachhaltig zu verankern und auszubauen.

Die Debatte über die Nutzung der digitalen Medien durch Kinder und Jugendliche darf sich nicht allein auf Probleme und Risiken beziehen. Die digitale Jugendkultur mit ihren kreativen Möglichkeiten zeigt überwiegend positive Ergebnisse. Es geht bei der Alltagsnutzung des Internets nicht darum zu verhindern, was nicht zu verhindern ist - sondern um einen aufgeklärten, verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Medien: Medienkompetenz bietet im Internet den besten Schutz vor kinder- und jugendgefährdenden Inhalten. Die medienpädagogische Arbeit muss in der frühkindlichen Bildungsphase ansetzen und an den Schulen durch fächer- und jahrgangsübergreifende Medienbildung zum verbindlichen Unterrichtsthema werden. Das erfordert bei der Lehrerbildung eine ebenso verbindliche Verankerung von medienpädagogischen Inhalten und Zielen.

Eine SPD-Landesregierung

- wird ein Konzept zur Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz umsetzen, das alle Bausteine der Bildung und des lebenslangen Lernens verankert.
- unterstützt den Einsatz von digitalisierten Lernmaterialien in der Schule, die als offene Lizenzen von Lehrern und Schülern genutzt werden können.

## **INTEGRATION/INKLUSION**

Dies schließt ebenfalls auf allen Ebenen der frühkindlichen und schulischen Bildung die Inklusion, den gemeinsamen Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung als Selbstverständlichkeit ein.

Eine SPD-Landesregierung wird zur Verwirklichung der Inklusion im Bildungsbereich... im Kultusministerium einen „Inklusionsbeirat“ einrichten, um die Auswirkungen des Gesetzes zur Einführung der inklusiven Schule zu begleiten.

### **Integration**

Eine SPD-Landesregierung wird

- Teilhabe und Partizipation von Zugewanderten als Querschnittsaufgabe für alle Landesressorts verankern und den Instrumenten zur Förderung von Teilhabe und Partizipation Gesetzesrang geben....
- mit den muslimischen Verbänden einen Dialog führen, um grundlegende Regelungen über das Verhältnis des Landes Niedersachsen zu ihnen zu treffen. Dabei geht es um die Anerkennung von muslimischen und alevitischen Feiertagen. Und es geht unter Einbeziehung der christlichen Kirchen darum, den bewährten Religionsunterricht an Schulen für eine auch in religiöser Hinsicht zunehmend vielfältige Gesellschaft weiter zu entwickeln.

*Quelle: Entwurf der Programmkommission für das Wahlprogramm*

# **Bündnis90/Die Grünen**

## **Kinder und Jugendliche in den Fokus rücken**

Unsere GRÜNEN Ziele: ...

- Mehr Teilhabe für Kinder und Jugendliche an Politik und Gesellschaft und eine Absenkung des Wahlalters für Landtags- und Kommunalwahlen auf 14 Jahre
- Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendarbeit und Einrichtung von regionalen Koordinierungsstellen...

Kindern und Jugendlichen ausreichenden Raum für Entwicklung und Entfaltung bieten! ...

## **Landesjugendamt und NIFBE - Kindesinteressen strukturell stärken**

Die Aufgabenerledigung des Bereichs Kinder und Jugend im Landessozialamt nach der Abschaffung des Landesjugendamtes muss überprüft werden. Das Niedersächsische Institut für frühkindliche Entwicklung und Bildung (Nifbe) soll konzeptionell weiter entwickelt werden.

## **Jugendlichen Raum für Teilhabe und Entfaltung bieten**

Demokratie fällt nicht vom Himmel, sondern muss immer wieder neu gelernt werden. Schon in Kitas muss eine aktive Beteiligungskultur zur Selbstverständlichkeit werden. Wir wollen Heranwachsende stärker an politischen Entscheidungen beteiligen. Dazu werden wir beim Land eine Service-Stelle einrichten, die Kommunen bei Teilhabeprojekten unterstützt. Es bedarf spezieller, jugendgerechter Beteiligungsmöglichkeiten, die die Möglichkeiten digitaler Medien für eine direkte Kommunikation zwischen Politik und Jugendlichen auf Augenhöhe nutzen. (VERWEIS auf Netzpolitik/Demokratie)

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, das Wahlalter auf 14 Jahre abzusenken, damit die junge Generation in einer alternden Gesellschaft ihre Interessen besser vertreten kann. ...

Jugend ist eine Lebensphase, die Freiräume braucht. Jugendliche wollen nicht nur funktionieren. Wir unterstützen deswegen die offene und die verbandliche Jugendarbeit, die Jugendlichen diese Freiräume bietet. Das Abitur nach 12 Jahren und das verdichtete Studium machen ehrenamtliches Engagement in Jugendverbänden, Jugendgruppen, in Sportvereinen oder auf Ferienfreizeiten für junge Menschen immer schwieriger. Deshalb wollen wir die Schule so gestalten, dass wieder mehr Zeit für Hobbys und Freizeitaktivitäten bleibt. Um die Wertschätzung von ehrenamtlicher Arbeit bei jungen Menschen zu erhöhen, müssen Anreize für freiwilliges Engagement geschaffen werden, wie zum Beispiel die Anrechnung von ehrenamtlicher Arbeit bei den Studien-Wartesemestern. Die vorbildliche Arbeit der Jugendverbände im Landesjugendring und weitere Träger der Jugendarbeit unterstützen wir.

Die hohe Nachfrage von jungen Menschen nach Freiwilligendiensten ist ein Glücksfall für unsere Gesellschaft! Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr und der Bundesfreiwilligendienst müssen ausreichend Plätze für Jugendliche bieten.

Wir wollen die Zusammenarbeit der Jugendverbände mit Ganztagschulen verbessern. Für die Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendarbeit soll in jedem Landkreis eine „Regionalstelle für freiwilliges Engagement in der Jugendarbeit“ eingerichtet werden, die Jugendgruppen und JugendleiterInnen qualifiziert berät und beispielsweise jugendverbandliche Kooperationsangebote an Schulen koordiniert....

## **Jugendhilfe/Jugendsozialarbeit**

Wir wollen, dass auch künftig die Heimaufsicht für stationäre Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe beim Land verankert bleibt. ... Wir werden deswegen ein NiKo-Nachfolge-Projekt insbesondere für soziale Brennpunkte auflegen. Die Zukunft der niedersächsischen Jugendwerkstätten muss gesichert werden....

## **Gute Schulen für alle**

**Genügend Zeit für nachhaltiges Lernen**



...Wir GRÜNE wollen die niedersächsischen Schulen gemeinsam mit den Schulträgern und den Schulen schrittweise zu gebundenen Ganztagschulen weiterentwickeln - mit einer verbindlichen Kernzeit von der Grundschule an. Grundlage wird ein verbindliches Rahmenkonzept sein, das ausgehend von den Erfordernissen der SchülerInnen einen sinnvollen Lernrhythmus ermöglicht und Spielraum für die Ausgestaltung des örtlichen Ganztagschulkonzepts eröffnet. Dabei sind ein gesundes Mittagessen, Sport und Bewegung sowie kreative Angebote unverzichtbar. Die Kooperation mit örtlichen Vereinen, Angeboten der Jugendhilfe und außerschulischen PartnerInnen kann die Schule dabei eng mit ihrer Gemeinde oder ihrem Stadtteil verknüpfen.

## **Sonstige Bereiche**

### **Politische Bildung**

Politische Bildung ist die Grundlage für politische und gesellschaftliche Teilhabe und demokratisches Engagement. Nach der Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung gibt es in Niedersachsen keine von der Exekutive unabhängige Institution, die einrichtungsübergreifende Angebote der politischen Bildung konzipiert und koordiniert. Niedersachsen ist das einzige Bundesland, das die Landeszentrale für politische Bildung abgeschafft hat. Das halten wir für einen großen Fehler! Für politische Bildung an Schulen und die Weiterbildung von LehrerInnen im Bereich Politik fehlt es an einer zentralen Stelle, die landeseigene und länderübergreifende Angebote koordiniert und DozentInnen- und ExpertInnen-Pools bereithält. Wir GRÜNE fordern daher die Einrichtung einer „Koordinierungsstelle politische Bildung“, die mit eigenen Mitteln ausgestattet in die Fläche wirken kann, Angebote bündelt und koordiniert sowie Unterstützung für Bildungsträger anbietet. Besonders wichtig sind dabei aufsuchende und zielgruppenspezifische Projekte für Jugendliche und junge Erwachsene.

### **Engagement junger Menschen für die Natur fördern**

...Außerdem wollen wir außerschulische Projekte der Umweltpädagogik ausbauen und gezielter fördern. Wir unterstützen die Qualifizierung und Zertifizierung der Umweltbildung zur Nachhaltigkeit und wollen Umweltzentren unseres Landes stärker fördern. Für das Engagement junger Menschen wollen wir insgesamt mehr FÖJ-Stellen (Freiwilliges Ökologisches Jahr) durch das Land ermöglichen.

### **Mehr direkte Demokratie wagen**

Unsere GRÜNEN Ziele:

- Mehr direkte Demokratie wagen: Wir wollen mehr Beteiligungsmöglichkeiten - dazu gehört auch eine Absenkung des Wahlalters bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 14 Jahre.
- Ein offener und barrierefreier Zugang zu Informationen von öffentlichen Einrichtungen, denn Beteiligung setzt Transparenz und Information voraus....

### **Medienkompetenz für alle Generationen stärken**

... Unter Federführung der Landesmedienanstalt sollen die vielfältigen in Niedersachsen bestehenden Medieneinrichtungen und -angebote koordiniert, vernetzt und weiterentwickelt werden.

... Das begleitete Hineinwachsen in die digitale Welt mit ihren nahezu unerschöpflichen kreativen und kommunikativen Möglichkeiten bietet dabei den besten Schutz vor möglichen Gefahren und ermöglicht die Teilhabe an der modernen Wissens- und Informationsgesellschaft. ... als dauerhafte Querschnittsaufgabe in der Bildungsarbeit. Lehrpläne und andere Bildungsvereinbarungen wie auch die Ausbildung von PädagogInnen müssen entsprechend angepasst werden. Die Ausstattung der Schulen mit Medien-Equipment (Notebooks etc.) soll anforderungsgerecht und zügig ausgebaut werden. ...

### **Gemeinsam in Vielfalt - Einwanderungsgesellschaft gestalten**

Wir GRÜNE wollen den in der Gesellschaft teilweise mit falschen politischen Voraussetzungen und Annahmen verbundenen Begriff „Integration“ durch den selbstverständlichen

gesellschaftspolitischen Anspruch der Inklusion ersetzen. Vor diesem Hintergrund bedeutet Inklusion für uns GRÜNE, dass die Gesellschaft alle Menschen als gleichberechtigt annimmt und kulturelle Unterschiede achtet. Phantomdebatten über IntegrationsverweigerInnen haben das Klima in unserer Gesellschaft vergiftet. Rechtliche Gleichstellung und Chancengleichheit müssen Grundlagen einer inklusiven Gesellschaft sein. ...

Verwaltungen und öffentliche Einrichtungen müssen sich interkulturell öffnen. Wir brauchen ein breitgefächertes, mehrsprachiges Angebot mit Informationen zu Teilhabe. Alle Menschen haben das Recht auf eine gleichberechtigte Beratung im öffentlichen Bereich. Wir GRÜNE wollen verstärkt Möglichkeiten und Anreize zur gesellschaftlichen Teilhabe schaffen. Wir wollen zudem das Amt der Inklusionsbeauftragten einführen, die in allen politischen Entscheidungen auf die Einhaltung des inklusiven Anspruchs achten. Wir GRÜNE wollen eine finanzielle Unterstützung der MigrantInnen-Selbstorganisationen und der zahlreichen IntegrationslotsInnen.

***Quelle: Vorabfassung des von der Landesdelegiertenkonferenz beschlossenen Wahlprogramms***

# FDP

## **Ganztagsschule**

Dafür setzen wir uns ein:

Den Ausbau der Ganztagschulen wollen wir mit Nachdruck voranbringen; die notwendigen personellen und finanziellen Mittel wollen wir dafür bereitstellen; wir wollen Ganztagschulen dabei unterstützen, die Qualität der Ganztagsbetreuung durch die Zusammenarbeit mit Vereinen zu verbessern.

Wenn Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte dies wollen, dann soll die Einführung einer gebundenen Ganztagschule (Schulen mit verpflichtendem Ganztagsangebot an bis zu fünf Tagen) möglich sein....

## **Eine aktive Bürgergesellschaft fördern und Engagement stärken**

...Gerade intergenerative Engagementformen, bei denen junge und ältere Menschen ihre Erfahrungen, Stärken und ihr Engagement für die jeweils andere Generation einbringen, sind ein besonderer Schlüssel zur Überwindung der Herausforderungen und zur Nutzung der Chancen des demografischen Wandels....

Deswegen fordert die FDP Niedersachsen:

- Die Anerkennungskultur von bürgerschaftlichem Engagement in Niedersachsen zu stärken und dabei gezielt Projekte zur Stärkung einer lebendigen Anerkennungskultur vor Ort zu fördern.
- Im Sinne einer Anerkennungskultur für das Engagement Jugendlicher eine stärkere Verzahnung der Vergünstigungen für die Ehrenamtskarte, den Freiwilligendienstausweisen und der Juleica (Jugendleitercard) zu erreichen. ...
- Die Beseitigung unnötiger bürokratischer Hürden für bürgerschaftliches Engagement.
- Eine gezielte Analyse erfolgsversprechender Modelle anderer Bundesländer mit dem Fokus auf interkulturelle und intergenerative Engagementprojekte.
- Einen gezielten Ausbau der Jugendfreiwilligendienste FSJ und FöJ.
- Eine bessere Vernetzung des Freiwilligenservers mit allen relevanten Akteuren, wie Trägern der Jugendfreiwilligendienste, dem für den Bundesfreiwilligendienst verantwortlichen BAFzA (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben) und weiteren Stellen auf Landes- wie Bundesebene....

## **Ehrenamt**

Wir setzen uns ein für die Stärkung des selbstbestimmten und selbstverantwortlichen Engagements der Bürgerinnen und Bürger. Die liberale Bürgergesellschaft lebt von den Aktivitäten ihrer Bürgerinnen und Bürger in Nachbarschaft und Feuerwehren, in Vereinen, Stiftungen und Initiativen, in Kirchen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen. Das Alter darf hier auch beim Ehrenamt kein Ausschlusskriterium sein.

Wir haben mit der Einführung der kostenlosen Unfall- und Haftpflichtversicherung und einer so genannten Ehrenamtskarte für ehrenamtlich engagierte Menschen die für den Zusammenhalt der Gesellschaft so wichtige Institution des Ehrenamtes nachhaltig gestärkt. Dies soll fortgeführt werden.

## **Liberale Demokratie**

Die FDP Niedersachsen bekennt sich zur repräsentativen Demokratie. ...Wir wollen neues Vertrauen schaffen und dazu beitragen, dass mehr Menschen die Möglichkeiten der repräsentativen Demokratie in Anspruch nehmen. Dafür muss die Politik bürgernah und verständlich sein, aber auch die repräsentative Demokratie stärker hinterfragen und ihren Schwachstellen mit überzeugenden Lösungsansätzen begegnen. Dazu gehört es größtmögliche Transparenz im politischen System zu schaffen, wie beispielsweise durch einen voraussetzungslosen Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen durch ein Landesinformationsfreiheitsgesetz.

Elemente der direkten Demokratie sind eine wichtige Ergänzung des Systems der repräsentativen Demokratie, die den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, unmittelbar konkrete politische Entscheidungen zu beeinflussen. Sie dürfen jedoch nicht dazu genutzt werden, dass die gewählten Vertreter insbesondere bei unpopulären Entscheidungen sich ihrer Verantwortung entledigen. ...

Grundsätzlich gilt jedoch für alle Formen der direkten und repräsentativen Demokratie: Sie sind und bleiben kollektive Formen der Entscheidungsfindung. Sie sollten nur dort zur Anwendung kommen, wo individuelle Lösungen nicht möglich sind. Formen individuellen bürgerschaftlichen Engagements, der Selbstverwaltung und der Organisation durch Märkte sind kollektiver Entscheidungsfindung immer vorzuziehen, weil sich die Ergebnisse durch Freiwilligkeit und ein hohes Maß an individueller Akzeptanz auszeichnen. Nur dort, wo individuelle Lösungen nicht möglich sind, dürfen die kollektiven Entscheidungsfindungsmechanismen der repräsentativen und direkten Demokratie, also der Staat, ins Spiel kommen. Die Tendenz zur Ausbreitung von Politik und Staatlichkeit macht es für Liberale unumgänglich, diesen Grundsatz stetig und kritisch zu prüfen.

Die FDP Niedersachsen fordert:

- Die Elemente der direkten Demokratie attraktiver zu machen, indem die Möglichkeit der Befragung und Abstimmung über das Internet eingeführt wird. Dabei müssen alle rechtlichen und sicherheitstechnischen Risiken ausgeschlossen sein.
- Bei Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene soll künftig auch ein Alternativvorschlag der Verwaltung mit zur Abstimmung gestellt werden können....
- Jugendliche müssen, zum Beispiel über den niedersächsischen Landeschülerrat, angemessen in den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess eingebunden werden.
- Die virtuelle Mobilität ist auszubauen. Hierzu gehören Instrumente für eine interaktive Haushaltsberatung, Live-Streams von öffentlichen Ausschusssitzungen und die Ausweitung der Sitzungsdienste.

### **Digitale Gesellschaft**

...Die FDP Niedersachsen will eine Netzpolitik, die mit der Realität Schritt hält, ohne eine unausgewogene Überwachungs- und Verbotspolitik zu betreiben. ...

Die FDP Niedersachsen fordert:

- Ein verantwortungsvoller und sicherer Umgang mit dem Netz will gelernt sein. Die FDP Niedersachsen will deshalb die Medienkompetenz von allen Generationen, aber insbesondere von Kindern und Jugendlichen stärken. Der Grundstein hierfür muss in der Ausbildung und Fortbildung von Lehrkräften in sämtlichen Bildungsbereichen gelegt werden.
- Die Versorgung mit Breitband-Internetanschlüssen muss in der Fläche weiter vorangetrieben werden. Der vollwertige, breitbandige Internetanschluss muss als Universaldienst in das Telekommunikationsgesetz aufgenommen und der Ausbau in der Fläche weiter vorangetrieben werden. Niedersachsen soll hier eine Vorreiterrolle einnehmen.
- Einen ungehinderten Informationsfluss und damit die Diskriminierungsfreiheit im Netz. Das Diskriminieren oder Priorisieren bestimmter Dienste wird grundsätzlich abgelehnt. Für zeitkritische Anwendungen sowie in Überlast-Situationen akzeptieren wir jedoch Modelle, bei denen Datenpakete mit besonderer Markierung bevorzugt übertragen werden können.
- Der Schutz des Eigentums umfasst für Liberale auch den Schutz „geistigen“ Eigentums. Eine vollständige Aufweichung entsprechender Schutzvorschriften lehnt die FDP Niedersachsen ab. Allerdings ist die derzeitige Abmahnpraxis, die sowohl in der Quantität, als auch in der Abmahnhöhe zu einem reinen Geschäftsmodell geworden ist, abzulehnen. Eine grundlegende Reform des Urheberrechts ist jedoch erforderlich.
- Das Prinzip „Löschen statt sperren“ bei kriminellen Inhalten im Netz.

## **Integration/Inklusion**

Das Ziel liberaler Integrationspolitik ist die Ermöglichung von Chancen. Wir wollen allen Einwanderern und ihren Nachkommen die gesellschaftliche Teilhabe garantieren und den gesellschaftlichen Erfolg möglich machen. Für uns zählt nicht, woher jemand kommt, sondern ob er zu Leistung bereit ist oder nicht.

Konkret fordert die FDP Niedersachsen:

- Förderung der Integration durch eine Stärkung erfolgreicher Angebote; dies sind beispielsweise die Integrationskurse, die auch einen zentralen Beitrag für ausreichende Deutschkenntnisse und eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für langfristig hier geduldete Ausländer als wichtige Voraussetzung für die Integration leisten; das Angebot ist zu verbessern und zu differenzieren, insbesondere sollen der Arbeitsmarktbezug gestärkt und Jugend- und Elternintegrationskurse ausgeweitet werden; gleichzeitig fordern wir die Bereitschaft zur Integration in unser Rechts- und Wertesystem ein;
- Menschen mit Migrationshintergrund können als Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Beamtinnen und Beamte in der öffentlichen Verwaltung eine Vorbildrolle für gelungene Integration übernehmen. Die FDP Niedersachsen will Dialog und Kooperation zwischen Schulen und Unternehmern stärken und in der öffentlichen Verwaltung das Bewusstsein und die Offenheit für die Vorteile einer vielfältigen Personalauswahl stärken

**Quelle: Beschlossenes Wahlprogramm**

# DIE LINKE

## **Für ein jugendfreundliches Niedersachsen**

Das Leben junger Menschen wird durch Sozialabbau, schwindende nichtkommerzielle Freizeitangebote und steigenden Leistungsdruck erheblich belastet. ...

In der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit gibt es eine besorgniserregende Entwicklung. Bundesweit wurden in den letzten Jahren rund 10.000 Stellen gestrichen. In Niedersachsen haben sich die Rahmenbedingungen kontinuierlich verschlechtert.

Die Angebote für eine offene Jugendarbeit in der Fläche sind verschwindend gering, weil sie als so genannte freiwillige Leistung von den Kommunen bezahlt werden müssen. So fehlen dort außerhalb des bewundernswerten freiwilligen Engagements in Feuerwehr, Kirche und Sportverein Orte, die Jugendliche aufsuchen können, die sich nicht in den traditionellen Strukturen wiederfinden wollen.

Sowohl unter der amtierenden CDU/FDP-Landesregierung als auch unter den SPD und SPD/Grünen-Vorgängerregierungen sind die Ausgaben für die Jugendarbeit rückläufig. Weniger Maßnahmen der Jugendarbeit wie Freizeiten, Seminare und internationale Jugendbegegnungen wurden gefördert, die Zahl hauptamtlich Beschäftigter und die Unterstützung für freie Träger der Jugendarbeit ist gesunken. Zudem leiden die Jugendverbände und das freiwillige Engagement Jugendlicher unter der Verkürzung der Schulzeit und der Umstellung auf das Bachelor/Master-System an den Hochschulen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- eine stärkere Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen und Entscheidungen, insbesondere durch eine weitere Absenkung des Wahlalters, in einem ersten Schritt auf 16 Jahre bei Landtags- und 14 Jahre bei Kommunalwahlen,
- eine stärkere institutionelle Förderung der TrägerInnen der außerschulischen Jugend- und Jugendverbandsarbeit; die gezielte Förderung von Projekten ist ein wichtiges ergänzendes Instrument, darf jedoch die institutionelle Förderung weder schwächen noch ersetzen,
- die Förderung offener Jugendarbeit in den Kommunen, und zwar auch durch eine anteilige Landesfinanzierung von qualifiziertem Personal,
- die Zahl hauptamtlich Beschäftigter in der Jugendarbeit wieder zu erhöhen, auch um damit ehrenamtliches Engagement in Jugendverbänden zu unterstützen und von administrativen und bürokratischen Ballast zu befreien,
- die Stärkung der Jugendsozialarbeit und die gezielte Förderung von Programmen und Modellprojekten für besonders benachteiligte Jugendliche (etwa bei Armut, Obdachlosigkeit, Drogenmissbrauch und beim Übergang von Schule zu Beruf),
- die gezielte Ansprache und Förderung ausgegrenzter Jugendlicher mit Migrationshintergrund durch integrative Angebote,
- die Wiederherstellung einer kompetenten Fachberatung in einem neuen Landesjugendamt, das auch Kommunen und freie Träger bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen unterstützen soll.

DIE LINKE tritt für eine kinder- und jugendfreundliche Gesellschaft ein, in der junge Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft bestmögliche Bildungs- und Entwicklungschancen haben. Jugendliche brauchen Freiräume jenseits der Welt der Erwachsenen und jenseits kommerzieller Verwertungsinteressen, um ihre Persönlichkeit zu entwickeln und die Gesellschaft nach eigenen Interessen mitgestalten zu können.

## **Schule - gemeinsam miteinander und voneinander lernen**

... DIE LINKE wird anpacken:...

- Jugendliche brauchen ausreichend Zeit zum Lernen und zur persönlichen Entwicklung: Das Abitur nach 13 Jahren muss an Gymnasien und Gesamtschulen wieder gelten.

- Wir fordern mehr Demokratie in der Schule durch die Wiedereinführung der Gesamtkonferenz als Hauptentscheidungsorgan. Hier wirken dabei SchülerInnen, Eltern, LehrerInnen und pädagogisches Fachpersonal gleichberechtigt mit.
- Inklusion voranbringen: Das Ziel ist die Auflösung der Förderschulen „Lernen“, „Soziale und emotionale Entwicklung“ sowie „Sprache“ bei Mitnahme und Ausbau der Förderressourcen. Die anderen Förderschwerpunkte werden nach und nach in die allgemeinbildenden Schulen inkludiert. Stets müssen die Betroffenen eingebunden werden. ...
- Alle Schulen werden zu gebundenen Ganztagschulen mit verpflichtendem Angebot und vollwertigem, kostenlosen Mittagessen; die Beschäftigten werden vom Land nach Tarif bezahlt. ...
- Pro 500 SchülerInnen eine SchulsozialarbeiterIn ...

### **Freiheit des Netzes - Chancen des Internets nutzen**

... DIE LINKE will die Freiheit des Internets sichern und seine Chancen nutzen und wird deshalb im Landtag folgende Forderungen stellen:

- Bundesratsinitiative „Freies Internet ohne Zensur“
- Bundesratsinitiative zur Sicherung der Netzneutralität
- Open-Data-Offensive in Niedersachsen für mehr Transparenz von Regierung und Verwaltung
- Mit finanzieller Unterstützung des Landes ermöglichter kostenfreier Zugang in ein W-Lan Netz in allen Innenstädten und Dorfzentren, sowie ein kostenfreier Internetzugang in allen öffentlichen Einrichtungen und Einrichtungen der Jugendarbeit
- Pilotprojekte zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungen über das Internet. Menschen, die das Internet nicht nutzen können oder wollen, müssen alternative Beteiligungsmöglichkeiten angeboten werden, damit sie nicht ausgeschlossen sind. ...
- Einsatz von Open-Source-Software in allen öffentlichen Einrichtungen des Landes sowie die Begleitung der Kommunen, die in ihren Einrichtungen ebenfalls auf diese Software umsteigen wollen
- Breitbandoffensive für den ländlichen Raum, gegebenenfalls über ein zu gründendes landeseigenes Unternehmen ...

### **Inklusion/Integration**

Inklusion voranbringen: Das Ziel ist die Auflösung der Förderschulen „Lernen“, „Soziale und emotionale Entwicklung“ sowie „Sprache“ bei Mitnahme und Ausbau der Förderressourcen. Die anderen Förderschwerpunkte werden nach und nach in die allgemeinbildenden Schulen inkludiert.

#### **Integration:**

- Kulturinitiativen von Migrationsgruppen als wertvollen Beitrag zu kultureller Vielfalt und gesellschaftlicher Integration unterstützen...
- Die kostenlosen Integrationskurse werden ausgeweitet.

**Quelle: Beschlossenes Wahlprogramm**